

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600—3667, 3670. In der Frankfurter Am Dönhofs 3606—3610. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin, Postfach 6. Konto: Berlin 600. Wochentlich 10 Mark, Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 30 Pfennig Bestelgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: am-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: am-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. - Nr 303 - B 149

DIENSTAG, 30. JUNI 1931

ABEND-AUSGABE · V

Versteifung in Paris

Neue Instruktionen aus Washington erwartet

Wenn es die Absicht der französischen Regierung gewesen wäre, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten zu empfehlen, daß er gegen den Widerstand Frankreich seinen Moratoriumsplan nicht hundertprozentig verwirklicht mache, dann ist hier die die Demanstration gelungen — sowohl der Termin in Frage kommt. Denn dieser Termin wird überschritten. Wichtig ist das allerdings ohne Bedeutung: ein diplomatischer Stadelstich als kleine Schwand. Die Vergrößerung über den 1. Juli hinaus konnte die amerikanische Regierung nicht verhindern, in der Sache aber hat sie auch in den letzten Verhandlungen mit den französischen Unterhändlern eine Vermittlung des Hoover'schen Vorschlags abgelehnt. Da sich auch zum Ende noch nachgiebig zeigt, ist in Paris eine spätere Versteifung in den amerikanischen-französischen Verhandlungen zu erwarten, die nicht leicht überwinden werden dürfte.

Der augenblickliche Stand wird am besten gekennzeichnet durch zwei Erklärungen, die hiesigen und drüben unmittelbar nach der gestrigen mehrstündigen Staatsministerkonferenz erschienen sind. Ministerpräsident Caillaux sagte: „Für die französische Regierung ist die äußerste Grenze der Zugabehilfe erreicht. Wenn Präsident Hoover sich hinter seinen Antrag verstopft — ich verweise mich hinter meine Kammer und bleibe fest. Am Mittwoch fällt die Entscheidung.“

Unterstaatssekretär der Finanzen Galle in Washington über den Defizitdefizit ein amerikanisches Communiqué: „Alle Regierungen haben dem Willen des Präsidenten Hoover zugestimmt, nur die französische Regierung macht eine Ausnahme. Es ist schließlich, französische Zustimmung mit dem Willen des vom Präsidenten Hoover gemachten Vorschlags in Einklang zu bringen.“

Schon vor der Herausgabe dieses Communiqués war vom Staatsdepartement neuerlich vermeldet worden: „Kein Vorschlag wird angenommen werden, der nicht völlig mit dem Willen und den Wünschen des vom Präsidenten Hoover gemachten Vorschlags übereinstimmt.“

Das ist auf beiden Seiten eine Verfestigung, die nichts mit einem diplomatischen Spiel zu tun hat. Der Regierung der Vereinigten Staaten ergehen die Einwände Frankreichs offenbar zu Heftigkeit, um ihnen zuliebe den Charakter des Schuldvertrages wesentlich verändern zu lassen. Der ganze Streit geht immer noch um die 500 Millionen und heißt sich nach den jüngsten Mitteilungen so: Frankreich verlangt, daß Deutschland die 500 Millionen Mark, die es der Welt für internationale Zahlungen zu überweisen hat und in der Form von Krediten weiterzugeben soll, in einer relativ kurzen Frist zurückzahlen müsse. Sollte Deutschland aber gezwungen sein ein Transfer-Moratorium zu erklären, dann würden die 500 Millionen sofort fällig werden und aus ihnen jeder Fonds gebildet werden, der nach dem Young-Plan im Falle eines deutschen Moratoriums sonst Frankreich zu leisten hätte.

Es geht also nicht allein um die Anerkennung des besonderen Charakters des augenblicklichen Zeils der Annuität. Die „Heftigkeit der Beträge“, auf die sich die französische Regierung gegen den deutschen Antrag auf Restloß beruft, löst nicht mehr gelte, wenn es sich darum handelt, eine Änderung des Young-Plans, die nur mit Zustimmung aller Signatarmächte erfolgen kann, auszuweiten Frankreichs zu erzielen.

Die amerikanischen Unterhändler in Paris erwarten für heute aber neue Instruktionen aus Washington; die Verhandlungen sollen morgen weitergeführt werden.

In Paris scheint man das Gefühl dafür zu haben, daß das Subjekt „Welt für die französische Regierung gegen den deutschen Antrag“ behaupten sich nicht zu bestanden haben und Angenien in einen Deutschland. Was nach unseren Auffassungen selbstverständlich ist: die vorläufige Zurückhaltung der Welt, heimkehrte, der Wunsch, in die Auseinandersetzung zwischen Washington und Paris nicht hineingezogen zu werden, wird uns in Paris als „überwollene Haltung“ ausgelegt. Es ist unerfindlich, wie ein „Welt für den Range“ zu einem ersten Schritt zu erklären, daß die französischen Vorschläge sich aus den Bestimmungen der „stetig untergeordneten Beträge“ verstehen, und daß die deutsche Regierung daher keine Einwendung gegen diese Vorschläge erhebe.

Wenn die deutsche Regierung aus der gestrigen Jurisdiktion herauszutreten und ihre Meinung über die französischen Gegenwärtige offen heraus legen könnte, dann würde sie ganz anders lauten, als Gouvernment in allen sehr geliebter Ministriß das an-

nimmt. Noch unangenehm ist die Zustimmung ist aber der Nachschub, daß der Rest in Frankreich eine „Einnahme, wenn Deutschland den Eibestell Frankreichs gegenüber Washington abgeben würde. Wie ist damit der Sinn einer Rangfolge in Frankreich so entstellend und ins Gegenteil verkehrt worden wie diesmal.

Dabei ist hier nur die relativ gemäßigten, offizielle gelieferte Pariser Presse in die Schranken gewiesen. Die nationalpolitischen Zeitungen gefellen sich in Ausweisungen, die man nicht erst kennen darf. Der „Avenir“ zum Beispiel schließt einen wütenden Artikel mit einer unerfennbaren Streichung, von der man nur nicht weiß, ob sie sich gegen Deutschland, von der man nur nicht weiß, ob sie sich gegen die Vereinigten Staaten oder gegen beide richten soll: „Wir zählen auf Kampf und wir zählen auch auf a Maginot, dessen Pflicht es ist, unseren Argumenten den nötigen Nachdruck zu geben.“ Maginot, der Vorkämpfer der französischen Nationalisten, ist der Kriegsminister des Kabinetts Laval. Man braucht jedoch Ausweisungen nicht als große Gewalt beizumessen. Aber vor solchen verächtlichen Gesetzen sollte sich hüten, vor Staatsinspirationen in Deutschland für eine Befriedigung des Friedens erklärt.

Das italienische Chequers

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ROM, 30. JUNI

Der heutige Volkshater hat gestern abend noch einmal bei Grandi vorgeprochen, worauf die amtliche italienische Nachrichtenagentur das in Deutschland bereits veröffentlichte Communiqué über die Romreise Berlingos und Curtius ausgab. Es scheint, daß die vorzeitige Veröffentlichung durch ein Berliner Nachrichtenbüro hier eine gewisse Verwirrung herbeigeführt hat. Die Distinktion sollte gewahrt bleiben, bis zwischen Paris und Berlin die endgültigen Vereinbarungen für den Pariser Beschluß getroffen gewesen wären. Dadurch sollte der Eindruck vermieden werden, als ob der erwähnte Beschluß als Konfirmierung zur Pariser Seite gebandt wäre.

Rumohr wird hier unterrichtet, daß der Beschluß in Rom keinesfalls vor dem Beschluß der deutschen Staatsminister in Paris erfolgen könne. Man betont hier nachdrücklich, daß Italien auf eine wirtschaftliche Ausgleichung und Entspannung in Europa bedacht ist und nicht die Bildung von politischen Disziplinierungsinstanzen. Daß der erwähnte Beschluß nach der Pariser Seite angelegt wird, entspricht hier aus demselben empfehlenswert, weil eine vorherige deutsch-französische Aussprache der Bewegung in Italien nur fiktiv sein könnte.

Für die Vorbereitung des Beschlusses ist bereits ein interministerielle Komitee gebildet worden, das von einem unterstellt. Die einzelnen Ministerien haben ihre Experten benannt.

*

Die Einzelheiten über den Beschluß MacDonalds und Sanderlons in Paris haben noch nicht fest. Bisher ist die Weideregierung nicht auf die preussische Regierung mit der Bitte herangetreten, das dem preussischen Staat gebührende Zugabehilfe zurückzuführen. Der Schwerpunkt am Westlichen, das anderenfalls Aufschub nachdrücklich Berlin, für die englischen östere zur Verfügung zu stellen. Selbstverständlich würde die preussische Regierung einer solchen Bitte entsprechen und das Zugabehilfe herrieden lassen, das in seiner letzten Lage ein Zugabehilfe höherwertig und in seinem ersten Beschluß sehr einfach, einseitigsteitig Bedenken-Zimmer für die preussischen Minister besetzt.

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRÜSSEL, 30. JUNI

Über die belgische Antwortnote, die gestern nachmittags in Amerika gebandt worden ist, verläutet, daß sie betont ist. In dem Briefe gehalten sein soll. Die belgische Regierung über den Vorschlag des Präsidenten Hoover im Prinzip wohl und ganz zu begünstigt ihn als einen unangenehm wertvollen Beschluß, die Weltwirtschaft Europas vor einem Zusammenbruch zu bewahren. Es wird weiterhin auf die ganz besondere Stellung Belgiens aufmerksam gemacht und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Amerika in seinen Verhandlungen mit Deutschland dieser besonderen Lage Rechnung tragen werde.

Gemeinsames Schicksal

Von IMMANUEL BIRNBAUM, Berichterstatter der Vossischen Zeitung

WARSAU, ENDE JUNI

Es gibt in Polen zahlreiche Politiker und Publizisten, die jede Besserung der Lage Deutschlands als Unglück für ihr eigenes Vaterland ansehen. Bertinoff Hoover ein Moratorium für die internationalen Kriegsschulden, so machen sich diese polnischen Kreise ein neues Ansehen durch den deutschen Gehör aus: sie stellen phantastische Berechnungen an, in denen das von den Reparationen entlastete Deutsche Reich ungeheure Mittel zur Vermeidung seiner offenen und heimlichen Währungs frei bekommt, sie entdecken politische Beschönigungen, die ihre Gaben von Berlin über Chequers und London nach Washington spinnen, von der Reparationsfrage aus das Währungsproblem auflösen, Frankreich und seine alliierten Verbündeten entziehen, die Grundlage der Friedensverträge unterminieren und einen neuen Weltkrieg entzünden, in dem Polen wieder unterliegt.

Die polnischen Börsen reagieren bescheidenmäßig auf die Ereignisse der Weltpolitik ganz anders. Werden in Berlin Dollar-Devisen besonders stark gefaßt, so steigen sie auch in Warschau; sinken die deutschen Aktien und Obligationen im Wert, so sinkt fast immer auch die polnischen Kurse gedrückt; bricht an den deutschen Börsen Panik-Einstimmung aus, so gehen auch die polnischen Effekten mit in die Höhe. Das kann nicht an mangelndem Patriotismus der polnischen Kaufleute, Anwälte und Bankiers liegen. Vielmehr sehen sie das schon deswegen ungern, weil mit dem freien jungen Staats verbunden, wird dieser ja in Wirtschaftlichen des Landes als Kreditgeber, gewerblicher Unternehmer und Organisator sogar des Außenhandels die ausschlaggebende Rolle spielt. Aber die polnische Wirtschaftsfreie leben auch, das das große Nachbardland im Westen immer noch der better Stande ist. Der nun schon vier und sechs Jahre lang andauernde Zollkrieg kann zwar die polnische Ausfuhr vorübergehend fürchter nach anderen Ländern ablenken, aber — schon wegen des weiteren Weges — nur auf Kosten ihrer Rentabilität. Die große Hoffnung bleibt hier die Stebung der deutschen Kaufkraft und die Normalisierung des deutsch-polnischen Waren-Austausches.

Es gibt auch in Deutschland noch immer Leute genug, die sich jede günstige Wendung für uns nur so vorstellen können, daß sie auf Kosten anderer geht. Auch der wirtschaftliche Weltbewerber spielt sich in diesen Vorstellungen als „Wettlauf“ mit den anderen Weltbewerber. Die polnische Weltbewerber die deutsche Landwirtschaft ihre Abhängigkeit finden soll, so muß die polnische Agrar-Einfuhr dann möglichst abgeperrt werden; das Einfuhr-Verbot polnischer Kohle ist eine notwendige Entlastung für den deutschen Kohlenbergbau im Talschlag bedeutet aber jede Abperrung polnischer Produkte vom deutschen Markt nur den Zwang für die polnische Ausfuhr, sich neue Wege zu suchen und zu diesen Zweck ihre Preise weiter zu erhöhen. Die polnische Kohle, die nicht auf normalen Preisen nach Deutschland hineingeführt erscheint als Dumping-Ware nach den nordischen Märkten, wo sie den englischen Weltbewerber unterbietet. Es drängt dadurch die englische Kohle zu verärfert Konkurrenz mit den deutschen Bergbau-Produktion bzw. zu weitergehenden Forderungen bei planmäßiger Aufstellung der Kohlen-Märkte zwischen England und Deutschland. Die polnischen Schwärze gehen an der gefährlichen deutschen Örtung vorüber zu Scherdeporetten in andere Länder und zwingen, was damit zu immer spießigeren handelspolitischen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Differenz zwischen Weltmarkts und Inlands-Preisen. Die Zollpolitik kann zwar die Bedingungen des Weltbewerbers zwischen den Produzenten dieses und jenseits der Örtungen lockern. Aufgeben kann sie diesen Weltbewerber aber nicht. Gelange hier und dort zu Scherdeporetten in andere Länder und zwingen, was damit zu immer spießigeren handelspolitischen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Differenz zwischen Weltmarkts und Inlands-Preisen. Die Zollpolitik kann zwar die Bedingungen des Weltbewerbers zwischen den Produzenten dieses und jenseits der Örtungen lockern. Aufgeben kann sie diesen Weltbewerber aber nicht. Gelange hier und dort zu Scherdeporetten in andere Länder und zwingen, was damit zu immer spießigeren handelspolitischen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Differenz zwischen Weltmarkts und Inlands-Preisen. Die Zollpolitik kann zwar die Bedingungen des Weltbewerbers zwischen den Produzenten dieses und jenseits der Örtungen lockern. Aufgeben kann sie diesen Weltbewerber aber nicht. Gelange hier und dort zu Scherdeporetten in andere Länder und zwingen, was damit zu immer spießigeren handelspolitischen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Differenz zwischen Weltmarkts und Inlands-Preisen.

Die falsche These, die im Vorteil des Nachbarn immer nur den eigenen Schaden sieht, ist allerdings politisch für alle Beteiligten besonders bequem, die sich nicht auf die eigene Kraft verlassen, sondern von der Hilfe eines Wächters leben wollen. Sie für manche der wirtschaftlichen Interessenverletzte in Deutschland dieser große Fehler, der für alle Unbill Entschädigung zu gemäßen hat, der eigene Staat ist, für manche polnischen Außenpolitiker der nächste Rechtmittel